

Ein neues „Sprachgesetz“, das jetzt in der Ukraine in Kraft getreten ist, zeigt den Versuch, alles Russische aus dieser Nation zu tilgen. Dieser Weg führt die Ukraine und Europa in eine Sackgasse.  
(Doppelessay zur Ukraine-Krise, Teil I)

## Die törichte Russland-Feindschaft

Gerd Held, 8. Februar 2022

Es war ein Artikel, den man leicht übersehen konnte – einspaltig im Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (18.1.2022) platziert. Aber die Überschrift ließ aufhorchen: „Das Russische abwürgen“ stand da. Die Autorin, Kerstin Holm, von 1991 bis 2013 als Russland-Korrespondentin in Kultur- und Gesellschaftsdingen tätig, berichtete über ein „Sprachgesetz“ in der Ukraine, das bereits 2019 beschlossen wurde und jetzt, nach einer Übergangsfrist, in Kraft getreten ist. Holm schreibt:

*„In der Ukraine ist ein Gesetz in Kraft getreten, das im Zuge der Konsolidierung der Nation die Staatssprache schützen und das Russische zurückdrängen soll. Überregionale Zeitungen und Zeitschriften müssen nun auf Ukrainisch erscheinen. Russische Ausgaben sind nicht verboten, doch parallel dazu muss eine ukrainische Version in gleicher Auflage gedruckt werden. Für die Verlage ist das freilich unrentabel.“*

So wurde die letzte landesweite russische Tageszeitung „Westi“ vor kurzem auf Ukrainisch umgestellt; andere Zeitungen erscheinen nur noch in digitaler Form. Dazu muss man wissen, dass es sich beim Russischen um eine Sprache handelt, die „von vielen Ukrainern zumal im Osten und Süden des Landes“ als Alltagssprache gebraucht wird, oder mindestens als eine dem Ukrainischen gleichwertige Sprache. Durch das Sprachgesetz werden „traditionell russischsprachige Städte wie Charkiw, Dnipro oder Odessa...vom Westen des Landes kulturell assimiliert“, schreibt Holm. Ausländische Filme, von denen es bisher oft nur eine russische Version gab, müssen nun eine ukrainische Version vorweisen, um öffentlich präsentiert werden zu können. Diese obligatorische Vorbedingung, die im Ergebnis einer Zensur gleichkommt, beschränkt sich nicht auf Filme:

*„Auch bei Vorträgen, Shows, Konzertabenden muss der Redner, sofern er russisch spricht, obligatorisch ins Ukrainische übersetzt werden. Leidtragende sind russischsprachige ukrainische Schriftsteller und Wissenschaftler, deren Tätigkeitsfeld stark eingeschränkt wird.“*

Sie können nicht mehr öffentlich auftreten, wenn die Mittel für einen Übersetzer nicht aufgebracht werden können. Und auch damit ist es noch nicht genug, denn das Sprachgesetz zielt nicht nur auf wissenschaftliche und künstlerische Veranstaltungen, sondern auf die alltäglichsten staatlichen und privaten Dienstleistungen – und damit elementare Lebensnotwendigkeiten der Menschen:

*„Ab sofort sind zudem sämtliche Staatsangestellten, Verkehrspolizisten, Gerichtsdienere, Klinikärzte verpflichtet, die Bürger, sofern diese nicht um eine andere Sprache bitten, auf Ukrainisch anzureden. Das gleiche gilt für Dienstleistungsbetriebe, also Mitarbeiter von Supermärkten, Apotheken, Banken. Verstöße gegen das `Recht auf Bedienung in der Landesspra-*

*che' können beim Sonderbevollmächtigten zum Schutz der Staatssprache gemeldet und im Wiederholungsfall mit Geldstrafen geahndet werden.“*

Mit dem „Sprachgesetz“ wird also eine tägliche intime Sprach-Überwachung installiert, an der sich auch die Bürger beteiligen sollen.

## Eine Vereinseitigung der Sprachkultur

Man könnte vielleicht einwenden, dass es hier um Maßnahmen für eine bedrohte Nation geht, um ihren innerlichen Zusammenhalt zu festigen. Im FAZ-Artikel taucht die Formel „Konsolidierung der Nation“ auf, und das klingt ein wenig nach Rechtfertigung des Sprachgesetzes. Aber dann wird in dem Artikel noch ein „Detail“ des Gesetzes erwähnt, das einem schlicht den Atem verschlägt. Die FAZ-Journalistin Kerstin Holm berichtet:

*„Ausgenommen von der Pflicht zur Publikation auf Ukrainisch sind bezeichnenderweise Sprachen `angestammter Minderheiten' im Land wie der Krimtataren, der Polen, Ungarn, Rumänen, Griechen, Bulgaren, aber auch das Englische sowie alle Sprachen der EU. Auch von der Pflicht ukrainischer Buchläden, mindestens fünfzig Prozent ihrer Bestände auf Ukrainisch anzubieten, gibt es Ausnahmen für die genannten Minderheiten und die EU-Sprachen.“*

Hier wird schlagartig klar, dass das Sprachgesetz sich gezielt gegen die russische Sprache richtet. Es ist wirklich so, wie es in der Artikel-Überschrift steht: Das Russische soll „abgewürgt“ werden. Eine flächendeckende kulturelle Säuberung soll stattfinden. Und in der Geschichte fehlt es nicht an Beispielen, wo eine solche Sprach-Säuberung die Vorstufe zu einer ethnischen Säuberung war – zu einer Vertreibung eines bestimmten Bevölkerungsteils. Im gleichen Zug werden Sprachen von den Auflagen befreit, die allenfalls in bestimmten sozialen Milieus gesprochen werden: das Englische und die Sprachen aller EU-Länder. Das Sprachgesetz hat also nichts mit einer inneren Konsolidierung der ukrainischen Nation zu tun, sondern dient dazu, eine neue, **einseitige Bindung nach außen** kulturell festzuschreiben. Man will die Ukraine, die geschichtlich eine doppelte Bindung – nach Westen und nach Osten - hat, dem Osten entfremden und einseitig verwestlichen.

## Das törichte „entweder EU oder Russland“

Dieser kulturelle Einschnitt in die Grundlagen der ukrainischen Nation findet jetzt vor unseren Augen statt. Aber wo wird darüber berichtet? Hierzulande wird die Ukraine-Krise so dargestellt, als habe sie mit einem Aufmarsch russischer Truppen an der Ostgrenze der Ukraine begonnen. Es handele sich also um eine willkürlich vom Zaun gebrochene Aggression von „Putins Russland“. In den westlichen Darstellungen der Ukraine-Krise wird meistens so getan, als gäbe es ein Staatsziel „in Moskau“, die ganze Ukraine russisch zu machen. Doch wer in den Darstellungen nach belastbaren Belegen sucht, wird enttäuscht. Man findet in den Artikeln eher psychologische Spekulationen über „Putin“ oder über einen „imperialen Geist“, der angeblich „von je her“ in Russland regieren würde. Sicher gibt es in diesem großen Land – wie in etlichen Ländern dieser Welt – großnationale Phantasien und Gruppierungen. Aber hat man je einen Plan auf Seiten der Regierung Russlands gefunden, der dem „Sprachgesetz“ der Regierung in Kiew vergleichbar wäre?

Wenn hier der Regierung in Kiew ein schwerer Eingriff in die ukrainische Nation vorgeworfen wird, so soll damit nicht der Politik Russlands in jeder Hinsicht Absolution erteilt werden. Es wäre auch ganz ungerecht, die Autorin Kerstin Holm als „Putin-Versteherin“ zu bezeichnen. Sie hat sehr kritische Berichte zur Entwicklung Russlands geschrieben. In dem hier zi-

tierten Artikel wird keineswegs für eine einseitige Ost-Bindung der Ukraine plädiert, sondern für die Wahrung der kulturellen und gesellschaftlichen Offenheit eines Landes, zu dessen geschichtlich gewachsener Identität sowohl ein westliches als auch ein östliches Element gehört.

## Henry Kissingers Warnung

Schon vor Jahren, als ein politischer Wechsel in der Ukraine stattfand und im Westen die „Majdan-Euphorie“ herrschte, gab es mäßigende Stimmen, die davor warnten, die Ukraine vor eine Wahl „entweder EU oder Russland“ zu stellen. Eine Stimme kam vom früheren US-Außenminister Henry Kissinger. Er schrieb am 9.3.2014 in einem Beitrag für die Tageszeitung „Die Welt“:

*„Viel zu oft wird der Fall der Ukraine als Showdown dargestellt: ob die Ukraine dem Westen beitrifft oder dem Osten. Wenn aber dieses Land überleben und aufblühen soll, dann kann es niemandes Vorposten sein. Nein, die Ukraine sollte eine Brücke sein.“*

Und in einer anderen Passage von Kissingers Beitrag wird die Bedeutung des Doppelcharakters der ukrainischen Nation noch weitreichender erklärt:

*„Der Westen ist weitgehend katholisch, der Osten russisch-orthodox. Der Westen spricht ukrainisch, der Osten größtenteils Russisch. Jeder Versuch eines Flügels, den anderen zu dominieren, wie es bisher der Fall war, würde zu Bürgerkrieg und Spaltung führen. Missbraucht man die Ukraine für eine Ost-West-Konfrontation, dann wäre für Jahrzehnte jede Chance verfallen, Russland und den Westen (und besonders Russland und Europa) in ein kooperatives internationales System zusammenzubringen.“*

## Vom klugen Gebrauch des Selbstbestimmungsrechts der Nationen

Es ist in diesen Tagen viel vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen die Rede. Es soll der Ukraine gestatten, eine Mitgliedschaft in EU oder NATO frei zu wählen. Dieser plötzliche Enthusiasmus für die Nationen klingt irgendwie schräg, denn wir haben ja gesehen, welche Ressentiments man gegen die Briten mobilisiert hat, als sie den Brexit weg von der EU wählten. Oder gegen die Visegrad-Staaten, als sie sich der EU-Migrationspolitik widersetzten. Ja, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist ein fundamentales gutes Recht. Man kann es nicht im Namen der Globalisierung für „überholt“ erklären – wenn einem der Weg einer Nation gerade nicht passt.

Doch im Fall der Ukraine gibt es ein Problem, das sich jeder einmal in Ruhe vorlegen sollte: Wie soll man vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen, wenn man eine Nation hat, die in sich zwei verschiedene Grundelemente hat – wirtschaftlich, kulturell und politisch? Wenn es geschichtlich zwei Traditionslinien gibt, und geographisch zwei Landesteile? Wie soll man in so einer „binären“ Nation vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen? Soll sie ihr Heil in einer einseitigen Festlegung suchen? Ist es klug und weitsichtig, die Zukunft einer solchen Nation nur in einer Richtung zu verorten? Zeugt es von europäischer Größe, wenn die Ukraine vor die Wahl „entweder EU oder Russland“ gestellt wird? Nie und nimmer. Die wirtschaftlichen, kulturellen, menschlichen Verluste einer so bedeutenden Nation wären immens. Und es würde eine tiefe Verbitterung zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen entstehen. Ein verdeckter oder offener Bürger-Krieg würde entstehen, der auf Basis der Einseitigkeit nie einen dauerhaften Frieden finden könnte.

## Rüstung gegen Russland als Bewährung deutscher Außenpolitik?

Die „grüne“ Außenpolitik Deutschlands ist peinlich und gefährlich vage. Man ist Anklage-Weltmeister gegen Russland (und viele andere Regierungen in der ganzen Welt). Aber wenn es dann zu blutigen Kämpfen kommt und die Außenpolitik Tote verantworten müsste, erklären uns die edlen Grünen, dass ihre Werte so rein sind, dass sie mit ihrer Durchsetzung auf Erden nichts zu tun haben wollen. Aber was wäre demgegenüber eine vernünftige Außenpolitik? Im Moment landen viele allzu schnell bei der Forderung, man sollte die Regierung in Kiew aufrüsten. Man sollte also die Politik der Einseitigkeit noch stärker bewaffnen. Will man im Ernst die Regierung in Kiew in die Lage versetzen, die östlichen „abtrünnigen“ Provinzen militärisch zu besetzen? Und die ganze Ukraine vom russischen Element – wirtschaftlich, politisch und kulturell – zu säubern? Das Sprachgesetz zeigt ja, in welche Richtung dann die Reise geht. Und in Kiew wird man diese Vereinseitigung der Nation als Herstellung der Einheit der Nation darstellen. In westlichen Ländern gibt es eine Tendenz, Waffenlieferungen an Kiew als Akt freiheitlich-demokratischer Entschiedenheit anzusehen. In Deutschland sucht auch manch einer, dem das Herumeiern der Grünen zuwider ist, die Lösung in militärischer Stärke.

Nie und nimmer

Wir dürfen nicht auf diesen Weg geraten. Diese „Entschiedenheit“ ist eine ganz falsche Entschiedenheit, denn sie übernimmt die verheerende Alternative „Entweder EU oder Russland“ und führt sie in die Nähe eines Krieges. Das bedeutet noch mehr Missbrauch der Kultur, noch mehr sinnlose Zerstörung und noch mehr Negativ-Politik. Als hätten wir in Deutschland nicht schon genug Trümmerlandschaft im Zuge von Corona-Ausnahmezustand und Klima-Feldzug. Die Ukraine-Krise lässt sich nur lösen, wenn man den binären Charakter dieser Nation aufrechterhält, und sei es erstmal durch provisorische Kompromisse. Die Bindungen nach West und Ost müssen gewahrt bleiben, und mit ihnen die Offenheit und innere Vielfalt der Ukraine. Gegenüber der ukrainischen Regierung müssen EU und NATO deutlich machen, dass sie für eine kulturelle und ethnische Säuberung nicht zur Verfügung stehen. Dazu muss sich auch die einseitige Berichterstattung ändern.



Ein Ausweg aus der Ukraine-Krise ist nur möglich, wenn man nicht von  
Prinzipien ausgeht, bei denen es nur Sieger und Besiegte geben kann.  
(Doppelessay zur Ukraine-Krise, Teil II)

## Ohne Koexistenz kein Frieden

Gerd Held, 14.März 2022

Es ist ein elementarer menschlicher Impuls: Man sieht das Leid und möchte es sofort beenden. Das erscheint in diesen Tagen, nachdem die Ukraine-Krise zu einer militärischen Auseinandersetzung geworden ist, als absolutes Gebot. Und alles andere als die Forderung nach einem sofortigen Rückzug der russischen Truppen erscheint da als Billigung des Leids. Und es ist ja wahr: Niemand kann wollen, dass dies Leid länger andauert. Am Anfang jeder Betrachtung der Ukraine-Krise sollte der Wunsch stehen, dass diese zerstörerische Auseinandersetzung möglichst schnell ein Ende findet. Jede mystische Überhöhung des Krieges, von welcher Seite auch immer, verbietet sich. Auch jede heimliche Hoffnung, in der militärischen Konfrontation mit Russland würde Europa erstarren, ist fehl am Platz.

Doch gibt es angesichts der Eskalation eines begrenzten Konflikts, einen weiteren Impuls, der auch sehr menschlich ist. Es ist ein Impuls der Vernunft. Viele Menschen fragen sich, wie die Ukraine in diese Situation geraten ist. Bei der Trennung von Russland war die Konfrontation noch nicht gegeben. Wie konnte aus einer Trennung im Konsens eine Russland-Feindschaft werden, die sich gegen eigene Wurzeln im Lande richtet? Wie kann man aus dieser zerstörerischen Feindschaft wieder herausfinden? Das ist die einzig weiterführende Frage, die in diesen Tagen in West und Ost gestellt werden muss. Es muss nicht darüber spekuliert werden, was Russland für ein Staat ist, wobei schon die Verengung auf „Putins Staat“ diffamierend ist. Es muss auch nicht die Trennung der Ukraine von Russland in Frage gestellt werden. Es geht um das Problem, dass diese Trennung in einem längeren Prozess eine Wendung ins Konfrontative genommen hat.

Die Ukraine ist in den vergangenen Jahren immer mehr in die Rolle eines Frontstaates gegen Russland geraten. Diese Entwicklung war keineswegs vorgezeichnet, als das Land zu einem eigenständigen Staatswesen wurde – weder auf ukrainischer noch auf russischer Seite. Die Abkopplung geschah in der Erwartung, dass die Ukraine ein guter Nachbar sein würde, und nicht ein Gegner, der nur auf ein möglichst schwaches Russland aus wäre. Das russische Element in der Ukraine war damals geachtet, und es wurde nicht als Feind des europäischen Elements angesehen. Dieser Gründungskonsens war eingebettet in ein beginnendes Vertrauen zwischen den USA, der EU und Russland, insbesondere auch zwischen Deutschland und Russland. Wer behauptet, die heutige Situation wäre damals schon vorprogrammiert gewesen, und es gäbe so etwas wie ein höheres Gesetz, das die Beteiligten in immer neue Konfrontationen treibt, kann sich jetzt nur einen „Siegfrieden“ vorstellen. Und das heißt: keinen Frieden.

Es geht jetzt darum, ein Szenario zu finden, das aus der bewaffneten Konfrontation herausführt. Und das zugleich ein Grundprinzip enthält, das in einer weiteren Zukunft ausbaufähig ist. Dies Grundprinzip darf nicht zu hohe Erwartungen an eine Harmonie enthalten. Man muss keine „Wertegemeinschaft“ anstreben. Zwischen dem westlichen und dem östlichen Element gibt es beträchtliche Unterschiede - in der Wirtschaft, in der Arbeitswelt, im Verhältnis von Stadt und Land, in der Staatsidee, in der Kultur, in der Religion. Solche Unterschiede gibt es auch im Innern Russlands und ebenso in vielen osteuropäischen Ländern. Es gibt Spannungen, aber sie müssen nicht zur Feindschaft führen. Sie müssen nicht zu dem Versuch führen, den jeweils Anderen zu verdrängen. Für ein Verhältnis, das nicht auf einen hohen Anspruch gemeinsamer Werte gebaut ist und dadurch immer eine Tendenz zum Übergriff auf die andere Seite enthält, gibt es einen nüchternen Begriff: „Koexistenz“.

## Über das Prinzip der Koexistenz

Ein Ausweg aus der Ukraine-Krise ist nur möglich, wenn es gelingt, ein Verhältnis der Koexistenz herzustellen. Und diese Koexistenz darf nicht von außen auferlegt sein. Sie hat nur

Bestand, wenn sie aus freiem Willen und im Respekt vor dem Anderen eingegangen wird. Nur so besteht eine realistische Chance, aus der gegenwärtigen Konfrontation herauszufinden. Der Gegensatz „Frieden statt Krieg“ ist da zu einfach, zu abstrakt. Es muss nach einem tragfähigen Prinzip für die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen gesucht werden – bei stark unterschiedlichen Seiten. Hier kann man an den kategorischen Imperativ von Immanuel Kant erinnern: *„Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die Du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“* Gesucht wird also ein Prinzip für das eigene Handeln, das auch dem Handeln des Anderen zugrunde liegen kann. Das von ihm akzeptiert werden kann, weil es auch seiner Lage gerecht wird. Indem Kant verlangt, dass das eigene Handeln eine Maxime enthalten muss, die für ein „allgemeines Gesetz“ geeignet ist, verwirft er jede Ordnungsidee, die nur auf die eigene Seite zugeschnitten ist, und auf ein Zurückdrängen der anderen Seite („roll back“) hinausläuft. Er verwirft ein Handeln, das (ausdrücklich oder insgeheim) davon ausgeht, dass das eigene Land „die Zukunft“ sei, während das andere Land „historisch überholt“ ist. Denn dann wäre das „allgemeine Gesetz“ gar nicht allgemein, sondern einseitig hegemonial. Kants Imperativ zielt auf eine Koexistenz des Unterschiedlichen.

## Eine fundamentale Herabsetzung Russlands

Genau hier liegt der wunde Punkt der gegenwärtigen Ukraine-Krise. Hier tritt eine Neigung zutage, den Gegner zu einem möglichst extremen Feind zu stilisieren und sein Land fundamental herabzusetzen. Er soll geächtet und aus der Weltgemeinschaft ausgeschlossen werden. Wer den Rahmen der Worte (den „Diskurs“) betrachtet, in den im Augenblick die Ukraine-Krise gestellt wird, bekommt den Eindruck, dass hier ein Ausweg möglichst schwer gemacht werden soll. Schrille Töne und Anklagen gibt es auf beiden Seiten, aber das, was in diesen Wochen im Westen über Russland verbreitet wird, ist fundamentaler. Es zielt auf eine Ächtung des Landes und auf seinen Ausschluss aus der Weltgemeinschaft.

Es heißt, Russland wolle sich die Ukraine einverleiben, und dies sei nur der Auftakt zu einer generellen Verschiebung der Grenzen in Europa. Angeblich befinden wir uns an der Schwelle zu einem dritten Weltkrieg. Und das alles wird einem russischen Wesen zugeordnet: Es gebe da einen „imperialen Kern“, wird behauptet, eine fundamentale russische Aggressivität und Unterwürfigkeit, ein ewiges Zarentum und einen ewigen Untertanengeist. So ist man dabei, eine europäische Erbfeindschaft gegen Russland aufzubauen – und merkt gar nicht, wie man damit Europa klein und engherzig macht.

Und man ist auch im Tun fundamental. Man versucht, Russland von der Weltkarte der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sportlichen, sozialen Beziehungen zu löschen, und man exekutiert das am einzelnen Menschen. An Musikern, an Sportlern, an jedem, den man russisch sprechen hört. Und dann die Wirtschaftssanktionen: Sie sollen das Land möglichst nachhaltig zerrütten. Der deutsche Finanzminister erklärt öffentlich, es müsse darum gehen, das russische Wirtschafts- und Finanzsystem „maximal zu schädigen“. Das heißt konkret: Er will dafür sorgen, dass in Russland Millionen Menschen hungern; dass das Gesundheitssystem zusammenbricht und die Verkehrsverbindungen. Viele Orte in den Weiten Russlands sollen von jeglicher Versorgung abgeschnitten werden. Ja, die Menschen in der Ukraine machen schwerstes Leid durch und niemand kann dem gleichgültig gegenüberstehen. Aber auch die „Sanktionen“, mit denen man Russland aushungern will, bedeuten Leid. Und dies Leid ist auf Jahrzehnte angelegt.

## Aufgaben der Anerkennung (I)

Hier zeigt sich, dass das Prinzip der Koexistenz keine leichte Lösung ist, die sich gleichsam von selbst ergibt. Es stehen Feindbilder im Raum, von denen man Abstand nehmen muss, um zur Koexistenz in der Lage zu sein. Es ist eine geschichtliche Wahrheit, dass Russland aus eigener Einsicht aus der imperialen Rolle als kommunistische Weltmacht herausgefunden hat. Es sieht sich heute nicht mehr als das Weltzentrum, das alleine „auf der richtigen Seite der Geschichte“ steht. Dieser Wandel Russlands war im Umfeld von 1989 und bis weit in die 1990er Jahre auch international anerkannt - in den USA, in EU-Europa und auch in Deutschland. Es gab ein Gefühl der Dankbarkeit gegenüber Russland. Aber inzwischen wird eine ganz andere Erzählung verbreitet: Russland soll seine Politik damals bloß **aus Schwäche** geändert haben. Weil seine Wirtschaft so „marode“ war. Weil es musste, und nicht, weil es wollte. Damit war die ursprüngliche Anerkennung für Russland in ihr glattes Gegenteil verkehrt: in eine Geringschätzung Russlands, und bald auch in die niederträchtige Behauptung, es hätte keine produktiven Fähigkeiten und neige deshalb zu Gewalt und Krieg. Es liegt nun am Westen, von dieser Erzählung wieder Abstand zu nehmen.

## Aufgaben der Anerkennung (II)

Die Erzählung von der ewigen Rückständigkeit Russlands verkennt die Tatsache, dass auch dies Land Fortschritte macht und große Aufbauleistungen aufzuweisen hat. Es ist Teil der modernen Zivilisation, auch wenn seine Fortschritte langsamer sind und nicht die ganze Weite des Landes gleichermaßen erfassen. Es hat Arbeits- und Lebensformen hervorgebracht, die mit der Härte der dortigen Bedingungen zu tun haben. Dazu gehört eine größere Fähigkeit, Widrigkeiten des Klimas zu ertragen, karge Landschaften, Einsamkeit, Monotonie, kurzes Glück. In dieser Feststellung ist eine weitergehende Frage enthalten, die ich (ich bin kein Russland-Kenner) nicht zu beantworten weiß: Gibt es vielleicht eine eigene russische Ausprägung der Moderne? Gibt es etwas, was die Motivationsgrundlage im Westen nicht zu Wege bringt? Weil er eine solche Grundlage in seinem milderen, zugänglicheren Umfeld nicht entwickeln musste und konnte. Oder weil er sie geschichtlich schon so lange hinter sich gelassen hat. Fakt ist, dass das „marode“ Russland Lebens- und Arbeitssituationen aushält (ohne Bittermiene und Abgestumpftheit), für die in westlichen Gesellschaften kaum jemand zu motivieren ist. Hierzulande tut man sich gegenwärtig ja schon schwer, unter viel leichteren Bedingungen ein Berufsleben in Industrie, Handwerk oder Landwirtschaft einzugehen. Es wäre also wichtig, dort noch einmal genauer hinzusehen, wo unsere neuere Russland-Erzählung nur „autokratische“ Unterdrückung zu sehen vermag. Ist das russische Element mehr als nur eine ewig rückständige Moderne? Ist es eine eigene Pionierleistung, moralisch, ästhetisch, und das Tag für Tag? Eventuell steht daher auch hinter der „Konsolidierung“, die Russland (bis vor kurzem noch) von vielen Beobachtern bescheinigt wurde, eine bedeutende Leistung. Es liegt nun am Westen, seine Vorstellung von der Welt so weit zu öffnen, dass auch Länder mit anderen Bedingungen und Prioritäten darin Platz finden.

## Ostbindung und Westbindung

Dieser Beitrag ist ein Plädoyer für eine dauerhafte verlässliche Ostbindung. Im Bewusstsein der Unterschiede, also als Koexistenz. Aber diese Koexistenz soll mehr sein als ein „Tolerieren“ des Anderen, mehr als ein bloßes „Ertragen“. Sie sollte von einem tieferen Respekt für

Russland und das russische Element im Osten Europas getragen sein. Doch was bedeutet das für die Westbindung Europas und Deutschlands? Es mag den ein oder anderen Leser geben, der diesen Beitrag als Bestätigung seiner Ressentiments gegen die USA und überhaupt gegen den Westen versteht. In unserer Zeit gibt es ja einen Trend, sich von 500 Jahren moderner Zivilisationsentwicklung zu verabschieden. Aber das ist ein Trend, der nicht im Osten entstanden ist, sondern im Westen. Es ist eine Selbstdemontage des Westens. Russland braucht eine solche Negativ-Erzählung nicht, um seinen Weg zu gehen. Und jemand, der im Westen aufgewachsen ist und darauf stolz ist (wie der Autor dieses Beitrags), kann zugleich großen Respekt vor dem Osten haben. Die Westbindung der Bundesrepublik hatte anfangs unvermeidlich einen konfrontativen Zug gegen den Osten, weil dort nicht einfach Russland stand, sondern ein System mit kommunistischen Weltherrschafts-Ansprüchen. Aber in der Westbindung war damals auch mehr enthalten als Konfrontation. Sie gab Deutschland einen inneren politischen, wirtschaftlichen und politischen Freiheitsschub. Die Errungenschaften dieses Schubs sind es wert, auch heute verteidigt zu werden. Doch gegen wen eigentlich? Heute geht die Bedrohung nicht von einem äußeren Feind an unserer Ostgrenze aus - sondern von einer selbstzerstörerischen Tendenz, die im Innern der westlichen Moderne entstanden ist.

## Die Negativ-Spirale im Westen

Gegenwärtig ist unsere Moderne für einen recht großen Sektor westlicher Gesellschaften ein übles Projekt, von dem man sich mit einer „großen Transformation“ verabschieden will. Seine Industrien - Autoindustrie, Agrarindustrie, „Kulturindustrie“... - sind angeblich nur „Ausbeutung von Mensch und Natur“. Ihre Geschichte steht unter dem Zeichen von „Rassismus“, „Kolonialismus“ und „Sexismus“. In diesem einflussreichen Sektor unserer Gesellschaft regiert also das große „Nein“. Und jetzt wird versucht, den Kampf gegen die „Klima-Katastrophe“ mit dem Kampf gegen „Putins Russland“ zu verknäulen. Es entsteht also ein doppeltes „Nein“: Unsere westlichen Errungenschaften **und** unsere Beziehungen zum Osten werden zugleich aufs Spiel gesetzt. Wir befinden uns in einer Negativ-Spirale, die sich jeden Tag schneller dreht. Da hilft nur ein doppeltes „Ja“ – Ja zu unseren westlichen Errungenschaften und Traditionen, und auch ein Ja in Richtung Osten.

## Was bedeutet „die Ukraine“ heute?

Es ist in diesen Tagen vieltausendfach die Fahne der Ukraine zu sehen. Doch über das Land selber erfährt man wenig. Die heutige Ukraine ist offensichtlich nicht mehr die Ukraine, die im Dezember 1991 nach einem Referendum mit 90,3 Prozent Zustimmung ihre staatliche Unabhängigkeit erlangte. Im Gefolge der „Majdan-Revolution“ wurden politische Grundentscheidungen getroffen, die das Land einseitig nach Westen orientieren und dies festschreiben. Seit Februar 2019 steht in der Verfassung, dass die Ukraine die Mitgliedschaft in EU und NATO anstrebt. Was wird aus dem russischen Element der Gesellschaft, aus der Sprache, aus den wirtschaftlichen und infrastrukturellen Verbindungen mit Russland, aus dem russischen Bevölkerungsteil? Wie hat sich das Land überhaupt im vergangenen Jahrzehnt entwickelt? Man wüsste gern etwas über das Alltagsleben in städtischen und ländlichen Regionen, über Aufbauleistungen, demokratische Fortschritte, lebendige Traditionen. Welche Unterschiede sind gewachsen und welche nicht? Doch die Berichte, die man in Deutschland zu lesen bekommt, bieten da kaum etwas. Es herrscht ein merkwürdiges Schweigen.



Haben wir eine Ukraine-Solidarität, die sich gar nicht für die Realitäten und Möglichkeiten dieses Landes interessiert? Dabei gäbe es da vielleicht viel Positives zu entdecken. Ein Land, das die beiden Elemente – westliche und östliche – in sich hat, kann einen ganz eigenen Reichtum haben. Die Verbindung dieser Elemente kann eine Brücke sein. Doch wenn das Land als Vorposten in einer Konfrontation aufgestellt wird, wird es leicht zum ersten Opfer aller Spannungen. Oder es wird zur bloßen Peripherie in dem Machtsystem, dem es sich einseitig angeschlossen hat. Eine Ukraine, die nur noch ein Bestandteil der EU ist, wird leicht im Räderwerk des EU-Systems an den Rand gedrängt. In der Brüsseler Regelungs-Maschine zieht es den Kürzeren. Man denke an die zahlreichen Konflikte, die osteuropäische Länder mit der EU haben. Oder an die Unfähigkeit der EU, in den Ländern Ex-Jugoslawiens etwas zu bewegen. Für die Ukraine könnte es da ein böses Erwachen geben.

### Wo ist jetzt der Ausweg?

Angesichts der großen Opfer in diesem Land darf man nicht erwarten, dass die beiden Seiten in nächster Zeit zu einem wirklichen Frieden finden. Es kann am Anfang nur ein sehr schroffes, verletztes und misstrauisches Nebeneinander geben. Kaum mehr als einen Waffenstillstand. Aber schon das wäre viel: Eine Grenze, an der gegenseitige Übergriffe zu Halten gebracht werden. Und an der auch die großen Feind-Erzählungen etwas von ihrer Macht verlieren. In der vergangenen Woche blitzte kurz eine Entschärfung der Situation auf. Von russischer Seite wurde erklärt, dass man nicht das Ziel habe, die Ukraine zu besetzen oder die Regierung zu stürzen. Und von Seiten der ukrainischen Regierung wurde erklärt, man könne auf eine Nato-Mitgliedschaft verzichten. So ähnlich könnten erste Schritte zur Koexistenz aussehen.